

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, RAIMUND-HUBER-STRASSE 5
76829 LANDAU

Oberbürgermeister
Hans-Dieter Schlimmer
Stadtverwaltung
Marktstraße 50

76829 Landau

Staelkrat
M 21/6
Ba

Bündnis 90/ Die Grünen Landau
Stadtratsfraktion

Susanne Schröer
(Fraktionsvorsitzende)
Raimund-Huberstraße 5
76829 Landau

Tel.: 06341/937449 (P)
06341/684144 (D)

s.schroerer@gruene-in-landau.de

Landau, den 20.06.2010

**Antrag zur Sitzung des Stadtrates am Dienstag, den 29.06.2010.
Resolution zur Abschaltung der Atomkraftwerke**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schlimmer,

Im Namen der Fraktion von Bündnis 90 /Die Grünen möchte ich Sie bitten folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 29.06.2010 zu setzen:

Der Landauer Stadtrat möge folgende Resolution beschließen:

Der Stadtrat fordert die Bundesregierung auf am bestehenden Atomkonsens festzuhalten. Dies bedeutet den Atomausstieg wie geplant zu betreiben und keine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke an zu streben.

Begründung:

Am 26. April 2010 jährte sich zum 24. Mal der tragische Zwischenfall in Tschernobyl mit verheerenden Folgen für Natur, Umwelt und die Menschen.

Immer wieder kommt es zu Zwischenfällen auch in deutschen Atomkraftwerken.

Umweltbelastend, krank machend und sogar tödlich sind die Folgen des Uranabbaus, Urananreicherung und die Herstellung der Brennelemente.

Die letzten, großen abbauwürdigen Uranvorkommen liegen in Australien, Russland, Nordamerika, Südafrika und im Kongogebiet.

Für jede Tonne verwertbares Uranerz fallen bis zu 2000 Tonnen strahlender, umweltbelastender Abraum an.

Das beim Uranabbau verstärkt entweichende Gas Radon gefährdet massiv die Gesundheit der Bergwerksarbeiter und AnwohnerInnen. (<http://www.mitwelt.org>)

Die Frage eines endgültigen und sicheren Endlagers ist immer noch ungeklärt und eine schwere Hypothek für kommende Generationen.

Auch die Transporte der Brennstäbe in die Wiederaufbereitungsanlagen nach La Hague und Sellafield quer durch Europa sind mit erheblichen Risiken und Kosten verbunden. Kosten, die zu Lasten der Steuerzahler gehen.

in unserer unmittelbaren Umgebung gibt es drei Atomkraftwerke:

- Biblis A. 1974 in Betrieb genommen
- Biblis B. 1976 in Betrieb genommen
- Philippsburg. 1979 in Betrieb genommen

Als Einwohner der Stadt Landau sind wir im Falle eines Störfalls unmittelbar betroffen.

Philippsburg liegt etwa 35 km von Landau entfernt, Biblis 70 km. Wir liegen bei einem Unfall in der unmittelbaren Todeszone von Philippsburg und haben nur wenige Überlebenschancen bei einem Unfall in Biblis.

Die derzeitige bundespolitische Diskussion zur Laufzeitverlängerung sehen wir mit Sorge.

... 2002 hat Deutschland den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen und damit einen Schlussstrich unter diese Energieform gezogen. Mit dem gesetzlichen Atomkonsens, den Politik und Energieversorger gemeinsam ausgehandelt haben, soll in Deutschland 2020 das letzte AKW vom Netz gehen.

... CDU/CSU/FDP und die Atomlobby stellen den Konsens immer wieder in Frage. Ihre Argumente wechseln, das Ziel bleibt gleich: Auch ohne Endlager will die Bundesregierung die Reaktoren bis zu 28 Jahre länger am Netz lassen. (...) Die Konzerne haben einen Finanzierungsplan vorgeschlagen, der es der nächsten Regierung unmöglich machen würde, die Entscheidung für längere Laufzeiten zurück zu nehmen... (Autorin: Lena Weitz, Greenpeace, 04.06.2010)

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) zeigte Anfang Mai, dass eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 möglich ist. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke würden den notwendigen Ausbau von Wind- und Sonnenenergie jedoch blockieren. Grund: Atomkraftwerke sind in ihrer Energieproduktion nicht flexibel. Wenn sie laufen, verstopfen sie das Stromnetz bereits jetzt für Energie, die aus Windanlagen kommt. (Autorin: Lena Weitz, Greenpeace 04.06.2010)

Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen wirksamen Klimaschutz ohne Atomkraft. Der Ausstieg aus der Atomkraft soll mit dem Einstieg in die Energieformen Sonne, Wind und Wasser und in eine konsequente Energieeinsparung verbunden werden.

Mit diesem Antrag möchten wir uns unseren Kollegen im Kreistag anschließen, die dort den gleichen Antrag bereits eingebracht haben.

Wir bitten den Stadtrat unserer Resolution zur Weiterleitung an die zuständigen Minister und Abgeordneten zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Schroer
(Fraktionsvorsitzende)